

Protokoll über die Sitzung Nr. 4/2026 des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und Haushalt der Stadt Wilhelmshaven am Montag, 20. April 2026, um 15:00 Uhr im Ratssaal

Anwesend:

Oberbürgermeister

Oberbürgermeister Carsten Feist

Mitglieder SPD-Fraktion

Ausschussmitglied Nurhayat Bakir-Block

Beigeordneter Volker Block

Ausschussmitglied Norbert Peter Brandt

Bürgermeisterin Gesche Marxfeld

Beigeordneter Detlef Schön

Mitglieder Gruppe "Gemeinsam BUNT"

Beigeordneter Martin Burkhart

Beigeordneter Andreas Tönjes

Beigeordneter Frank Uwe Walpurgis

Ausschussmitglied Helga Weinstock

Mitglieder CDU-Fraktion

Ausschussvorsitzender Uwe Heinemann

Ausschussmitglied Jens Stoffers

Stellv. Ausschussvorsitzende Astrid Zaage

Mitglieder Gruppe WIN@WBV, Volt

Stellv. Ausschussmitglied Stefan Becker

Beigeordneter Dr. Günther Schulte

Mitglied AfD-Fraktion

Ausschussmitglied Thorsten Moritze

Mitglied Fraktion FDP/FW

Grundmandat Thomas Lehmann

Es fehlte entschuldigt

beratendes Mitglied Michael von den Berg

Dezernenten

Stadtkämmerer Thomas Bruns

Stadtbaurat Niksa Marusic

von der Verwaltung

Jörg Engesser - Fachbereichsleitung Rechnungsprüfungsamt

Tino Hoffmann - Fachbereichsleitung Städtische Datenverarbeitung

Jan Hülsemann - Fachbereich Finanzen

Torben Müller - Fachbereichsleitung Finanzen

Julia Muth - Fachbereichsleitung Kommunikation & Koordination
 Elke Schute - Fachbereichsleitung Wirtschaft und Regionalmanagement

Protokollführerin

Jessica Zahn - Fachbereich Finanzen

als Gäste

Beigeordneter Markus Bulla

Ratsmitglied Anja Mandt

Stefan Schwanke – Wirtschaftsförderungsgesellschaft Wilhelmshaven mbH

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

- | | | |
|-----|--|----------|
| 1 | Eröffnung der Sitzung sowie die Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit | |
| 2 | Feststellung der Tagesordnung | |
| 3 | Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und Haushalt vom 16.03.2026 | |
| 4 | <u>Vorlagen an den Rat</u> | |
| 4.1 | Information zum vorläufigen Jahresabschluss 2025 (Kernverwaltung) | 115/2026 |
| 4.2 | Freigabe gesperrter Mittel | 116/2026 |
| 4.3 | Beteiligung an der ITEBO Einkaufs- und Dienstleistungsgenossenschaft eG | 77/2026 |
| 4.4 | Abschluss einer Zweckvereinbarung mit der Stadt Göttingen | 79/2026 |
| 4.5 | Beschluss zur Umsetzung des verwaltungsinternen Klimaschutzkonzeptes zur Erreichung der Treibhausgasneutralität 2040 | 49/2026 |
| 4.6 | Information Einführung der emissionsfreien Fahrzeugbeschaffung bei der Stadt Wilhelmshaven | 50/2026 |
| 4.7 | Beschluss zur Umsetzung der PV-Ausbaustrategie auf kommunalen Dächern der Stadt Wilhelmshaven | 52/2026 |
| 4.8 | Antrag SPD-Fraktion: Den Rathauskeller wieder nutzen: Kita ins Rathaus | 506/2026 |
| 4.9 | Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 111 Abs. 7 NKomVG durch den Rat | 72/2026 |
| 5 | <u>Vorlagen an den Verwaltungsausschuss</u> | |
| 5.1 | Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 111 Abs. 7 NKomVG durch den VA | 90/2026 |
| 6 | <u>Mitteilungen und Anfragen</u> | |
| 6.1 | Angelegenheiten des FB Finanzen | |
| 6.2 | Sachstand Fusion Klinikgesellschaften | |

- 1 Eröffnung der Sitzung sowie die Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende, **Herr Heinemann**, eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

- 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Tönjes vertrat die Meinung, dass der Tagesordnungspunkt 8.2 (Beschlussvorlage Nr. 126/2026 – „Rüstersieler Groden Süd – weiteres Vorgehen“) mindestens teilweise in öffentlicher Sitzung beraten werden müsse. Er bat daher um Aufnahme des Punktes in den öffentlichen Teil.

Herr Marušić erklärte, dass die Nummer 3 der Vorlage und die dazugehörige Begründung nur nicht öffentlich besprochen werden können.

Es folgte eine Diskussion zwischen den **Herren Tönjes, Lehmann, Becker und Stoffers** über eine mögliche Verschiebung des Tagesordnungspunktes, sowie eine Unterbrechung der öffentlichen Sitzung.

Auf Nachfrage von **Herrn Schön** teilte **Herr Heinemann** mit, dass die Einladung zur Sitzung im Einvernehmen mit den Vorsitzenden erfolgt sei.

Die Tagesordnung wurde im Anschluss ohne Änderungen mit 10 Ja-Stimmen und 4 Nein-Stimmen festgestellt.

3 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und Haushalt vom 16.03.2026

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und Haushalt vom 16.03.2026 wurde mit 11 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen einstimmig genehmigt.

4 Vorlagen an den Rat

4.1 Information zum vorläufigen Jahresabschluss 2025 (Kernverwaltung) **115/2026**

Herr Müller berichtete, dass das vorläufige Jahresergebnis für 2025 - 15.097.356,19 € beträgt. Damit sei das Defizit deutlich geringer als in der Planung angenommen. Er stellte die großen Abweichungen vor, zum Beispiel seien die Gewerbesteuerereinnahmen mit 20 Mio. € über Planansatz auf höchstem Niveau. Eine ausführliche Analyse werde bei der Beratung des endgültigen Jahresabschlusses vorgetragen.

Auf Nachfrage von **Herrn Burkhardt** antwortete **Herr Müller**, dass in den sonstigen Rückstellungen zum Beispiel noch ausstehende Verlustausgleiche fürs Klinikum enthalten seien.

Nachtrag zum Protokoll:

Daneben sind ausstehende Zuschüsse beziehungsweise Verlustausgleiche für GGS und WTF enthalten, sowie leistungsorientierte Bezahlung für Beamte und Beschäftigte. Außerdem sind diverse offene Rechnungen aus verschiedenen Fachbereichen, insbesondere des Fachbereiches 50, enthalten. Hinzu kommt eine Rückstellung für die drohende Bergung der Hai IV.

Beschluss: -zur Kenntnisnahme-

Der Rat nimmt den beigefügten vorläufigen Jahresabschluss 2025 zur Kenntnis.

4.2 Freigabe gesperrter Mittel

116/2026

Herr Müller erläuterte wofür die Mittel verwendet werden sollen.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Haushalt beschließt die im 1. Nachtragshaushalt 2025/2026 vorgenommene Sperre auf dem Produktsachkonto 411001.443101 um 331.000 € zu reduzieren. Damit kann die Ermächtigung in entsprechender Höhe in Anspruch genommen werden.

4.3 Beteiligung an der ITEBO Einkaufs- und Dienstleistungsgenossenschaft eG

77/2026

Herr Dr. Schulte kritisierte die Formulierung der Beschlussvorlage, da es sich nicht um einen Kauf handeln würde.

Er stellte daher einen Änderungsantrag, demnach die Verwaltung beauftragt wird, den Beitritt in die Gesellschaft zu erklären und die Einzahlung auf einen Geschäftsanteil zu leisten.

Herr Müller betonte, dass es sich bei der von der Verwaltung vorgeschlagenen Formulierung um die von der ITEBO vorgeschlagenen Standardformulierung handele, die auch andere Kommunen bereits verwendet hätten. Somit sei diese Formulierung bereits bei der Kommunalaufsicht bekannt und hätte zu keinen Beanstandungen geführt. Er halte den Vorschlag von Herrn Dr. Schulte aber für sachlich korrekt und daher vermutlich ebenfalls akzeptabel für die Kommunalaufsicht.

Der Änderungsantrag von Herrn Dr. Schulte wurde mit 14 Ja-Stimmen und einer Enthaltung einstimmig angenommen.

Der geänderten Beschlussvorlage wurde mit 14 Ja-Stimmen und einer Enthaltung einstimmig zugestimmt.

Beschluss: -geänderter Beschlussvorschlag-

- ~~1. Die Verwaltung wird ermächtigt einen Geschäftsanteil der ITEBO Einkaufs- und Dienstleistungsgenossenschaft eG zu einem Kaufpreis von 1.000,00 € zu erwerben.~~
1. Die Verwaltung wird beauftragt, die Beitritt in die ITEBO Einkaufs- und Dienstleistungsgenossenschaft zu erklären; sie wird ermächtigt, die Einzahlung auf einen Geschäftsanteil in Höhe von 1000,00 € zu leisten.

4.4 Abschluss einer Zweckvereinbarung mit der Stadt Göttingen

79/2026

Herr Brandt hinterfragte, warum man sich für die Stadt Göttingen entschieden habe und warum nicht mögliche Vorgaben des Landes abgewartet werden.

Herr Müller informierte, dass es einen Ratsbeschluss gebe, verschiedene Mitgliedschaften zu prüfen. Dieser Vorschlag, so wie auch der Beitritt zur ITEBO, sei das Ergebnis der fachlichen und wirtschaftlichen Prüfung durch den Fachbereich Städtische Datenverarbeitung.

Herr Hoffmann erläuterte, dass ein Vergleich der Leistungsangebote der kommunalen IT-Dienstleister stattgefunden und dieser zu der Entscheidung geführt habe. Die Zweckvereinbarung sei für eventuell zukünftige Landesvorgaben nicht hinderlich, man könne jedoch nicht auf Vorgaben warten.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Die Verwaltung wird ermächtigt, die beigefügte Zweckvereinbarung mit der Stadt Göttingen abzuschließen.

4.5 Beschluss zur Umsetzung des verwaltungsinternen Klimaschutzkonzeptes zur Erreichung der Treibhausgasneutralität 2040 **49/2026**

Herr Burkhardt stellte für die Gruppe „Gemeinsam BUNT“ einen Antrag zur Geschäftsordnung auf Vertagung. Diesen begründete er damit, dass die Sitzung des UKLB aufgrund eines Verfahrensfehlers bei der Einladung abgebrochen worden sei und damit die Beschlussvorlagen nicht vorberaten wurden.

Herr Becker teilte mit, dass seine Gruppe den Antrag ablehne. Dass die Mitglieder der Gruppe „Gemeinsam BUNT“ die Sitzung verlassen haben, sei kein ausreichender Grund für eine Vertagung.

Herr Oberbürgermeister Feist berichtete, dass das Rechtsamt den Sachverhalt geprüft habe. Der angesprochene eventuelle Verfahrensfehler könnte durch Beschluss des Verwaltungsausschusses geheilt werden.

Der Antrag zur Geschäftsordnung auf Vertagung wurde mit 4 Ja-Stimmen und 11 Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

Herr Burkhardt teilte daraufhin mit, dass seine Gruppe nicht an der Beratung und Abstimmung teilnehmen wird, da sie dies als Fortsetzung des Verfahrensfehlers ansehen.

Herr Marušić erklärte zur Beschlussvorlage, dass der Gesetzgeber in Niedersachsen Zielvorgaben gemacht habe und dieser Beschluss ein erster Schritt auf dem Weg dahin sei. Die finanziellen Auswirkungen werden in den jeweiligen Wirtschaftsplänen und Haushaltsplänen dargestellt beziehungsweise aufgenommen.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

1. Das verwaltungsinterne Klimaschutzkonzept „Treibhausgasneutrale Stadtverwaltung Wilhelmshaven“ wird als strategische Grundlage gemäß § 18 NKlimaG beschlossen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die darin enthaltenen Maßnahmen im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel und Prioritäten schrittweise umzusetzen.
3. Maßnahmen mit finanziellen Auswirkungen sind den zuständigen politischen Gremien gesondert zur Beschlussfassung vorzulegen.
4. Die Verwaltung berichtet jährlich über Zielerreichung, Maßnahmenstand und Abweichungen.

4.6 Information Einführung der emissionsfreien Fahrzeugbeschaffung bei der Stadt Wilhelmshaven **50/2026**

Herr Marušić stellte die Informationsvorlage vor.

Beschluss: -zur Kenntnisnahme-

Die Stadt Wilhelmshaven beschafft ab sofort ausschließlich emissionsfreie Fahrzeuge im Sinne des Gesetzes über die Beschaffung sauberer Straßenfahrzeuge (SaubFahrzeugBeschG). Für PKW gilt dies ausnahmslos, für Nutzfahrzeuge, soweit technisch geeignete Fahrzeuge auf dem Markt verfügbar sind und die Anschaffung auf der Basis einer Lebenszykluskostenanalyse wirtschaftlich vertretbar ist.

Ausnahmen sind nur zulässig, wenn keine emissionsfreien Fahrzeuge am Markt verfügbar sind oder die Beschaffung wirtschaftlich nicht vertretbar ist. Ausnahmen sind auf dieser Basis zu begründen und zu dokumentieren.

Die Verwaltung berichtet jährlich über den Stand der Umsetzung.

4.7 Beschluss zur Umsetzung der PV-Ausbaustrategie auf kommunalen Dächern der Stadt Wilhelmshaven **52/2026**

Herr Marušić führte in die Beschlussvorlage ein und erklärte, dass das Ziel nicht der maximale Ausbau, sondern die Erreichung des größtmöglichen Nutzens sei. Die finanziellen Mittel seien bereits mittelfristig in den Wirtschaftsplänen von TBW und GGS enthalten.

Herr Burkhart stellte für die Gruppe „Gemeinsam Bunt“ einen Antrag zur Geschäftsordnung auf Vertagung.

Herr Schön und **Herr Becker** sprachen sich gegen die Vertagung aus und befürworteten die Beschlussvorlage.

Herr Marušić berichtete, dass bereits am 04.03.2026 eine erste Lesung der Vorlage im UKLB ohne Änderungen stattgefunden habe.

Der Antrag zur Geschäftsordnung auf Vertagung wurde mit 4 Ja-Stimmen und 11 Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

Herr Burkhardt informierte, dass seine Gruppe auch hier nicht an der Beratung und Abstimmung teilnehmen wird.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt:

1. Die „PV-Ausbaustrategie für kommunale Dächer der Stadt Wilhelmshaven“ wird als strategische Grundlage für den weiteren Ausbau von Photovoltaik auf städtischen Liegenschaften beschlossen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt,
 - die in der PV-Ausbaustrategie priorisierten Dachflächen schrittweise hinsichtlich Statik, Dachzustand, Netzanschluss und weiterer technischer Voraussetzungen zu prüfen und auf dieser Grundlage geeignete Liegenschaften zur Umsetzung vorzubereiten,
 - die Realisierung der Anlagen stufenweise umzusetzen sowie dem Rat regelmäßig über Umsetzungsstand, Wirtschaftlichkeit und erzielte Stromerträge zu berichten.
3. Ziel ist es, vorbehaltlich positiver technischer und statischer Prüfungen, alle Liegenschaften der Priorität 1 bis zum Jahr 2030 mit Photovoltaikanlagen auszustatten. Hierbei sollen möglichst viele Anlagen im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel im Eigenbetrieb realisiert und selbst betrieben werden, um größtmögliche Kosteneinsparungen zu erzielen. Dazu sollen jährlich 250.000€ in den Haushalt von GGS und 75.000€ in den Haushalt von TBW eingestellt werden. Die Verwaltung wird ermächtigt, für besonders große oder investitionsintensive Anlagen ergänzend alternative Betreibermodelle (z. B. Stromliefermodell mit Energiegenossenschaften, Contracting oder Kooperationen) zu prüfen und umzusetzen, sofern hierdurch keine Mehrkosten für die Stadt entstehen und die klimapolitischen Ziele gewahrt bleiben.

4.8 Antrag SPD-Fraktion: Den Rathauskeller wieder nutzen: Kita ins Rathaus **506/2026**

Herr Schön brachte den Antrag ein. Eine ausführliche Begründung werde in der Sitzung des Rates erfolgen.

Frau Weinstock berichtete, dass laut Herrn Oberbürgermeister Feist aktuell genügend Kita-Plätze vorhanden seien. Die guten Maßnahmen der vergangenen Jahre zeigen ihre positiven Auswirkungen, so dass der Platzmangel beseitigt werden konnte. Auch sei das Rathaus kein geeigneter Ort für eine Kita.

Herr Oberbürgermeister Feist bestätigte, dass kein Bedarf bestehe. Die Grundlage für eine Entscheidung über eine weitere Kita müsste die Kitabedarfsplanung sein. Laut der aktuellen Fortschreibung sei die Stadt Wilhelmshaven gut aufgestellt und habe in einigen Bereichen sogar noch freie Kapazitäten.

Auch die **Herren Moriß, Fischer** und **Tönjes** sprachen sich gegen den Antrag aus. Sie betonten dabei, dass eine anderweitige Nutzung des Ratskellers schön wäre.

Herr Stoffers teilte mit, dass die CDU-Fraktion den Antrag ablehnt.

Herr Becker hinterfragte, ob durch die Feststellung des fehlenden Bedarfes schon die Prüfung erfolgt und der Antrag hinfällig sei.

Herr Schön erklärte, dass er Weiteres zum Antrag im Rat thematisieren werde.

Beschluss: -mehrheitlich abgelehnt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt,

1. die Verwaltung wird beauftragt, die Einrichtung einer Kindertagesstätte im Ganztagsbetrieb im Rathauskeller zu prüfen. Die Prüfung soll auch die Umbaukosten berücksichtigen.
2. Für den Fall eines negativen Prüfergebnisses begründet die Verwaltung dies im Jugendhilfeausschuss. Für den Fall eines positiven Prüfergebnisses legt sie dem Rat eine entsprechende Beschlussvorlage für den Umbau vor. Dabei soll der Rat dann entscheiden, ob ein Dritter zum Betreiber wird oder die Stadt die Stelle des Trägers einnimmt.

4.9 Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 111 Abs. 7 NKomVG durch den Rat **72/2026**

Herr Schön kritisierte, dass die erbetene Prüfung der Folgekosten nicht erfolgt sei. Außerdem verwies er auf Probleme durch das Urheberrecht.

Herr Marušić widersprach der Kritik. Im Betriebsausschuss GGS habe Frau Burmeister deutlich gemacht, dass laut Einschätzung von GGS die Statur unterhaltungsarm sei.

Herr Tönjes hinterfragte, ob die Schenkung noch dem Zweck des Vereins entspreche und verwies darauf, dass eine Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes erforderlich sei.

Herr Marušić antwortete, dass dies in der Verantwortung des Vereins liege. Die Stadt habe nur über die Annahme der Schenkung und die Eigentumsübernahme zu entscheiden.

Es folgte eine Diskussion über die Folgekosten und weitere Aspekte die berücksichtigt werden könnten.

Herr Oberbürgermeister Feist erklärte abschließend, dass die Verwaltung aus ihrer Sicht alle Fragen beantwortet habe, sollten noch konkrete Nachfragen bestehen, könnten diese gerne gestellt werden.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Der Rat beschließt die Annahme der folgenden Zuwendung:

Zuwender/in	Betrag	Empfänger, Verwendungszweck
1. Frau Adelheid Weiken Paul-Hug-Straße 1 26382 Wilhelmshaven	10.000,00 €	Geldspende an die Stadt Wilhelmshaven, Abteilung Stadtgrün,
2. Förderverein Freiwillige Feuerwehr Poststraße 18 g 26388 Wilhelmshaven	3.700,00 €	Beschallungsanlage für die Ortfeuerwehr Fedderwarden
2. Förderverein BBS	50.000,00 €	Spende einer Skulptur für den Campus der BBS

5 Vorlagen an den Verwaltungsausschuss

5.1 Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 111 Abs. 7 NKomVG durch den VA **90/2026**

Herr Heinemann trug die Beschlussvorlage vor und bedankte sich für die Spenden.

Herr Schön, Frau Mandt und Herr Walpurgis schlossen sich dem Dank an und hoben das Engagement des Fördervereins positiv hervor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Verwaltungsausschuss beschließt die Annahme der folgenden Zuwendungen:

Zuwender/in	Betrag	Empfänger, Verwendungszweck
1. Förderverein Freiwillige Feuerwehr Fedderwarden Poststr. 18 g 26388 Wilhelmshaven	1.130 €	Trauma- Übungspuppen inkl. Zubehör für die Jugendfeuerwehr Fedderwarden

2. Förderverein Freiwillige Feuerwehr Fedderwarden Poststr. 18 g 26388 Wilhelmshaven	449,00 €	Jugendfeuerwehrh andschuhe
---	----------	-------------------------------

6 Mitteilungen und Anfragen

6.1 Angelegenheiten des FB Finanzen

Herr Müller stellte in einem Vortrag den Stand der kommunalen Steuern, der Liquiditätskredite und der Schulden des Konzern Stadt vor.

Im Anschluss ging er auf das Sondervermögen des Bundes für Infrastruktur und Klimaneutralität ein. Dessen Verteilungsschlüssel sei noch nicht festgelegt, so dass der Anteil für die Stadt Wilhelmshaven noch unbekannt sei.

Auf Nachfrage von **Herrn Burkhart** führte **Herr Müller** aus, dass die Verwaltung Maßnahmenvorschläge für das Sondervermögen erarbeiten wird und je nach Umfang eventuell eine Art Klausurberatung stattfinden wird. Die Festlegung der Maßnahmen sei Entscheidung des Rates.

Im weiteren Vortrag stellte **Herr Müller** den Pakt für Kommunalinvestitionen (KIP 3) vor. Der Maßnahmenswerpunkt soll in Wilhelmshaven auf „Gefahrenabwehr und Prävention“ liegen. Es sei vorgesehen die Mittel in Höhe von ca. 4,6 Mio. € für Fahrzeuge und Technik der Feuerwehr, für Straßenbeleuchtung und für Gefahrenabwehr zu verwenden. Es würden Restmittel von ca. 1,0 Mio. € verbleiben, die für Preisschwankungen oder weitere Maßnahmen verwendet werden können. Die Beschlussvorlage soll im Mai in die Gremien eingebracht werden.

Herr Schön, Herr Block und **Herr Walpurgis** hinterfragten warum die Mittel nicht auch für Straßensanierungen genutzt werden. Die Sanierung der Straßen sollte unbedingt berücksichtigt werden.

Herr Müller antwortete, dass die Straßensanierungen aus vielen einzelnen Maßnahmen bestehen und schwer abzugrenzen seien. Für diese Fördermittel habe man das Thema daher nicht berücksichtigt. Im Rahmen des Sondervermögens des Bundes könnte man darauf wieder zurückkommen. Es müsse jedoch bedacht werden, dass es sich um Investitionen handeln muss.

Anschließend stellte **Herr Müller** den Entwurf des Länder- und Kommunalentlastungsgesetzes vor. Der Entwurf erhalte Kritik durch die Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände. Das Volumen und die Strukturierung sei für die aktuelle Defizitlage der Kommunen nicht ausreichend. Auch die Gewichtung der Komponenten des Entwurfes werde kritisiert. Es werde stattdessen eine jährliche Soforthilfe gefordert.

Herr Oberbürgermeister Feist schloss sich der Kritik an dem Entwurf des Länder- und Kommunalentlastungsgesetzes an. Das Volumen müsse deutlich erhöht und die Verteilung dem tatsächlichen Bedarf angepasst werden.

Herr Müller berichtete abschließend noch von der zusätzlichen Finanzhilfe für KiTa-Personalkosten.

6.2 Sachstand Fusion Klinikgesellschaften

Herr Heinemann erklärte, dass eine Standortentscheidung für das gemeinsame Klinikum vor der Sommerpause 2026 angekündigt sei. Dazu habe er Herrn Bruns um Sachstandsinformation gebeten.

Herr Bruns berichtete, dass die Ausschreibung für das Gutachten zur Standortentscheidung erfolgt sei. Die Wilhelmshavener Verwaltung habe auf Grundlage der Beschlussvorlagen und ähnlichen Ausschreibungen einen Entwurf angefertigt, dieser wurde mit dem Landkreis Friesland abgestimmt. Auch musste die erste Phase, die Qualifizierungsphase, abgeschlossen werden. In dieser wurden die zu betrachtenden Standorte festgelegt. Es sei mit dem Landkreis Friesland vereinbart worden diese ausgesuchten Standorte nicht kundzutun. Die Ausschreibung musste im Landkreis Friesland von den Gremien beschlossen werden, dies erfolgte am 15.04.2026. Daraufhin wurde am 16.04.2026 das Leistungsverzeichnis an die Bieter verteilt. Wenn feststeht wer Auftragnehmer wird, kann der Rat am 21.05.2026 die Auftragsvergabe beschließen. Damit hätte der Gutachter nur 2,5 Wochen Zeit, wenn eine Beratung vor den Sommerferien erfolgen soll. Dies sei zeitlich nicht umsetzbar, daher sei die nächste mögliche Sitzung für die Beratung über den Standort Ende August.

Herr Heinemann wies darauf hin, dass die Entscheidung damit in die Zeit des Wahlkampfes falle. Die Verzögerungen seien sehr niederschmetternd.

Herr Becker, Herr Block, Herr Walpurgis und Herr Schön kritisierten, dass es wieder negative Neuigkeiten gebe und auch die Beratung des Standortes während des Wahlkampfes. Sie hielten eine Entscheidung zu diesem Zeitpunkt für unwahrscheinlich. Die Verzögerungen seien problematisch und gegenüber den BürgerInnen nicht mehr erklärbar. Auch aufgrund der weiteren monatlichen Kosten für die Baugrube und dem Sanierungsbedarf des Bestandes.

Herr Oberbürgermeister Feist machte deutlich, dass ihm die Verzögerung auch ärgere. Er bat jedoch darum jetzt nicht alles schlecht zu reden, man habe gemeinsam mit dem Landkreis Friesland schon einiges erreicht. Außerdem gehe Qualität vor Geschwindigkeit. Hektische beziehungsweise falsche Entscheidungen kosten am Ende mehr Geld. Auch vor einer Wahl sei eine Entscheidung auf Grundlage des Gutachtens durchaus möglich.

Auch **Herr Burkhart** erklärte, dass er vom Gutachten eine klare Aussage erwarte, so dass eine Entscheidung getroffen werden könne. Er forderte, dass die Verwaltung weiter zügig arbeite. Er befürchtete, dass die Zeit nicht reichen wird, da 6 Standorte betrachtet werden müssen.

Herr Lehmann teilte mit, dass er weiterhin skeptisch sei und auch dem neuen Zeitplan nicht vertraue.

Herr Bulla. Herr Dr. Schulte und **Frau Mandt** vertraten die Meinung, dass sich die Standortentscheidung an dem Gutachten orientieren muss und die Entscheidung damit unabhängig von Wahlen erfolgen könne.

Herr Bruns betonte, dass in dem Verfahren nichts aktiv verzögert worden sei. Der Standort sei politisch die schwierigste Entscheidung, daher dauern Verhandlungen und Abstimmungen entsprechend. Darüber hinaus sei die Standortsuche nur ein Teilaspekt der Fusionsvorbereitung. So laufe etwa die rechtliche Beratung zur Transaktionsstruktur und Unternehmensbewertung absolut im vorgesehenen Zeitrahmen. Der Gutachter habe die Arbeit schon vor einigen Wochen aufgenommen und es finden regelmäßige Videokonferenzen statt. Dies zeige deutlich, dass es vorangeht.

Auf Nachfrage von **Herrn Burkhardt** sagte **Herr Bruns**, dass die gemeinsame Vergabe durch das Rechnungsprüfungsamt von der Stadt Wilhelmshaven geprüft werde.

Herr Burkhardt teilte mit, dass die Gruppe „Gemeinsam BUNT“ Frau Weinstock mit Herrn Burkhardt als Vertreter für die Arbeitsgruppe zum Raum- und Funktionsprogramm benennt.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung 18:18 Uhr

Bruns
Stadtkämmerer

Heinemann
Vorsitzender

Zahn
Protokollführerin